

4. Trinkwasserqualität und mögliche Gesundheitsrisiken im Weinland

Interpellation Wilma Willi (Grüne, Stadel), Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 21. September 2020

KR-Nr. 357/2020, RRB-Nr. 1057/4. November 2020

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Stellen Sie sich vor, Sie wohnen auf dem Land in einer Gemeinde und ihr Kind ist an Krebs erkrankt und stirbt. Und dann erkrankt ein weiteres Kind im gleichen Jahr an Krebs in dieser Gemeinde und stirbt. Und wenn bekannt wird, dass im betroffenen Bezirk sieben Kinder an Hirntumoren erkrankten und dann noch bekannt wird, dass einige Trinkwasserquellen in dieser Gemeinde überdurchschnittlich mit Metaboliten eines gewissen Chlorothalonil verunreinigt sind, macht es hellhörig; zu Recht. Und wenn dann bei den Untersuchungen der Universität Bern zeigt, dass genau in dieser Region – wie auch im Berner Seeland – ein erhöhtes Krebsrisiko bei Kindern festgestellt wurde, just wo recht hohe Werte des Chlorothalonil-Metaboliten gemessen wurde, müssen wir hinschauen. Ja, wir müssen dazu tatsächlich Fragen stellen. Es besteht ein erhöhtes Hirntumorrisiko für Kinder im Kanton Zürich. Dieses Risiko ist um 39 Prozent erhöht. Zudem ist es Fakt, dass wir mit dem Wissen immer hinterherhinken, dass wir auch beim Trinkwasser vieles erst im Nachhinein wissen und stets hinterherhinken, was bei der Interpellationsantwort so auch aufgezeichnet wurde. Das zeige ich anhand von vier Punkten aus der Antwort des Regierungsrates auf. Erstens, zuerst wurde festgestellt, dass Abbauprodukte des Fungizides Chlorothalonil ins Trinkwasser gelangen und eventuell gesundheitsgefährdend sind. Zweitens, erst anschliessend wurde überhaupt eine Analyse entwickelt. Drittens, erst dann konnten Untersuchungen durch die Wasserversorgungen durchgeführt und eine Statistik erstellt werden. Ja, und jetzt sind wir bei Punkt vier: Wir warten seit 2020 auf die Resultate der Folgestudie zu den Fallzahlen von Kinderkrebs im Kanton Zürich – wie auch im Berner Seeland. Also, wir hinken wirklich immer hinterher. Eine Folgestudie und die Auswertung der Fälle von Kinderkrebs im Kanton Zürich wurden uns in der Interpellationsantwort von 2020 versprochen. Die Resultate liegen auch im 2022 noch nicht vor.

Noch einige Hintergründe betreffend Krebs bei Kindern und zu den Erkenntnissen der Universität Bern: Bei Kindern tritt Krebs selten auf. Trotzdem sind Krebserkrankungen die zweithäufigste Todesursache im Kindesalter. Jährlich erkranken in der Schweiz etwa 250 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren an Krebs. Diese Erkrankungen werden landesweit im Kinderkrebsregister erfasst, das seit 1976 besteht. Über mögliche Ursachen dieser Erkrankungen ist wenig bekannt. Verschiedene Umweltfaktoren stehen jedoch unter Verdacht, wie etwa Luftverschmutzung, elektromagnetische Felder oder Pestizide.

Ich komme zum Trinkwasser: Der Regierungsrat hat am 15. September 2020 die Bevölkerung des Kantons Zürich über den Gehalt von Chlorothalonil-Metaboliten bei den Trinkwasserfassungen informiert. In 62 Gemeinden des Kantons wurde eine Überschreitung des Höchstwertes gemessen. Die Wasserversorgungen sind

gesetzlich verpflichtet, Massnahmen einzuleiten und uns, die Wasserkundinnen und -kunden, zu informieren. Viele Gemeinden haben mittlerweile Massnahmen eingeleitet und zum Teil umgesetzt, aber nicht alle. Wir verlangen flächendeckende, konsequente Massnahmen zur Verbesserung. Damit es ganz klar ist: Das Beimischen von Quellwasser oder Seewasser im Grundwasser verdünnt zwar die Konzentration von gewissen Metaboliten, bringt sie aber nicht zum Verschwinden.

Nun wieder zurück zum Kinderkrebs: Wir müssen die Folgestudie, die die Fallzahlen von Kinderkrebs im Kanton Zürich aufbereitet, ernst nehmen. Wir danken der Gesundheitsdirektion, dass sie mit dem Kinderkrebsregister ein laufendes Monitoring vereinbart hat. Die Erkenntnisse zeigen nach wie vor eine gewisse Anfälligkeit im Norden unseres Kantons, mit drei Fällen in den letzten fünf Jahren. Da neben dem Zürcher Weinland auch in Teilen des Kantons Bern Hinweise auf ein erhöhtes Auftreten von Hirntumoren festgestellt wurde, hat sich die Gesundheitsdirektion zusammen mit dem Berner Gesundheitsamt ans BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) gewendet. Noch 2022 sollen in einer gemeinsamen Sitzung die nächsten Schritte besprochen werden. Ob diese Sitzung nun schon stattgefunden hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch wenn die Suche nach den Ursachen schwierig ist, müssen wir nicht warten. Wir alle wissen, Unwissen ist keine Entschuldigung. Auch wenn wir es noch nicht ganz genau wissen, sondern nur eine Korrelation vermuten, müssen wir tätig werden. Wo Verdacht besteht, muss die Bevölkerung, und vor allem unsere Kinder, vorsehend geschützt werden. Wir fordern die Umsetzung von allen möglichen und sinnvollen Massnahmen und warten nun insbesondere auf die richtigen Schritte in eine bessere Trinkwasserzukunft, damit wir und unsere Kinder wirklich bedenkenlos unser Wasser trinken können, auch im Kanton Zürich.

Natalie Aeschbacher (GLP, Zürich): Wir haben diese Interpellation im November 2020 eingereicht. Das ist bereits eine Weile her. Doch an Aktualität hat dieser Vorstoss leider überhaupt nichts verloren, ganz im Gegenteil. Ich kann mich noch gut an die Medienkonferenz erinnern zum Thema «Grund- und Trinkwasser – Rückstände von Chlorothalonil-Metaboliten». Die damals vermittelten Informationen haben mich nicht beruhigt, ganz im Gegenteil. An zahlreichen Wasserfassungen im Kanton Zürich wurden die Grenzwerte teilweise stark überschritten. Aufgrund der hohen Grenzwertüberschreitungen müssen Gemeinden als Massnahme gar Wasserfassungen schliessen oder kostspielige Filter einsetzen. In unseren Nachbarkantonen besteht die gleiche oder sogar eine noch verschärfte Lage. Wenn Sie an diesen Tatsachen zweifeln, dann werfen Sie einen Blick auf die Karte vom BAFU (*Bundesamt für Umwelt*). Sogleich wird Ihnen die dunkelrote Schneise auffallen, in der wir leben. Im Mittelland wird an mehr als 20 Prozent der Messstellen der ehemalige, sehr tiefe Grenzwert überschritten. Auch die im Sommer 2020 erstellte Kartografie des Kantons Zürich zeigt stellenweise ein besorgniserregendes Bild: In 62 der 162 Gemeinden wurde eine Überschreitung des Höchstwertes gemessen.

80 Prozent des Trinkwassers in der Schweiz werden aus Grundwasser gewonnen. Auch im Kanton Zürich wird das Trinkwasser oft aus dem Grundwasser gewonnen. Zwar darf nie von der Qualität des Grundwassers direkt auf die Qualität des Trinkwassers geschlossen werden, doch die im Grundwasser gefundenen Werte sind bedenklich und eindeutig zu hoch. Das Chlorothalonil selber wird im Boden gut zurückgehalten und abgebaut, aber die dabei entstehenden Metaboliten sind ausgesprochen langlebig. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass diese Verunreinigungen unseres Grundwassers uns noch während Jahren im grösseren Ausmass beeinträchtigen werden, auch, weil sich das Grundwasser nur relativ langsam erneuert. Bekanntlich macht die Menge das Gift aus.

Die mit Steuergeldern subventionierte Verunreinigung des Trinkwassers muss schlussendlich mit finanziell und technisch aufwendigen Anlagen aufbereitet werden. Doch wer soll für den Bau dieser millionenschweren Anlagen für die Aufbereitung des Wassers aufkommen? Die Gemeinden? Wohl kaum. Wir haben gestern am Abstimmungssonntag immer wieder vernehmen können, dass in der Schweizer Landwirtschaft alles sehr gut läuft, dass es gar keine Missstände gibt. Doch leider widerlegen die Fakten diese Behauptungen. Der breite Einsatz von synthetischen Pestiziden verunreinigt unser Trinkwasser, und wenn wir nichts dagegen tun, dann werden uns die Auswirkungen teuer zu stehen kommen. Was passiert zum Beispiel in trockenen Zeiten, in denen das Grundwasser knapp wird? Dann könnte die Verdünnung von kontaminiertem Wasser nicht mehr ausreichend erfolgen. Was dann? Gewisse Kantone kämpfen schon heute mit diesem Problem. Immer wieder werden einst zugelassene Pflanzenschutzmittel gänzlich verboten. Die Rückstände werden dann als «problematisch» eingestuft. Die mächtige Pestizid-Lobby und der Schweizer Produktionsriese (*Syngenta*) konnten vor Bundesgericht sogar erwirken, dass die Aufklärung der Bevölkerung nicht adäquat erfolgen darf; sie erzwingt, dass die Aufklärung der Bevölkerung nicht adäquat erfolgen darf und dass das zuständige Bundesamt wichtige Informationen zur Kanzerogenität im Internet löschen muss. Sogar Weisungen an die Kantone dürfen nicht erfolgen; der Grenzwert darf nicht mehr festgelegt werden. Welche Auswirkungen die Rückstände auf unseren Körper haben, ist nicht gänzlich erforscht. In welchem Grad sind sie krebserregend? Und ab wann? Und was ist mit der Anhäufung von Tumoren in der Weinlandregion, wo mehr Kinder, als statistisch erwartet werden konnten, an Hirntumoren erkrankt sind? Zurzeit kann niemand ausschliessen, dass die Pestizide im Grundwasser, in den Nahrungsmitteln oder in der Luft zum erhöhten Krebsrisiko beigetragen haben.

Der umfassenden Antwort des Regierungsrates auf unsere Interpellation ist zu danken. Doch sie hält auch fest, dass die Gesamtheit der zur Auswertung gelangten Tumore bei Kindern für eine statistische Auswertung relativ gering sei. «Damit ist keine statistisch gesicherte Aussage möglich», heisst es von Seiten der Gesundheitsdirektion auf Anfrage. Der Studienleiter von der Universität Bern geht hingegen davon aus, dass die statistische Auffälligkeit im Seeland und im Weinland «mit grosser Wahrscheinlichkeit» kein Zufall sei. Um diesem Sachverhalt

auf den Grund zu gehen, sind dringend weitere Abklärungen zu tätigen. Wir verlangen eine ehrliche und transparente Kommunikation ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Zuerst mein Beileid an die betroffenen Eltern. Für Eltern oder nahe Angehörige von solch tragischen Todesfällen liegt es in der Natur des Menschen, einen Schuldigen zu suchen; man braucht eine Antwort auf das Warum. Viele Eltern erhoffen sich durch das Finden der Ursache oder eines Schuldigen, besser mit der Trauer fertig zu werden und so das schlimme Ereignis verarbeiten zu können.

Diese Interpellation ist mit so viel Emotionen und Vorurteilen eingereicht worden, dass ich sie nicht als eine Interpellation wahrnehme, sondern als eine Stimmungsmache oder Neudeutsch als ein Bauern-Bashing. Auch der Zeitpunkt der Einreichung der Interpellation vor der Abstimmung zu den zwei Agrar-Initiativen (*für Pestizidverbote*) im letzten Sommer trägt nicht zur Unvoreingenommenheit bei.

Die Studien von der Universität Bern fassen die Geschehnisse wie folgt zusammen: «Ein geringer Anteil dieser Krebserkrankungen sind genetisch bedingt, bei den meisten Erkrankungen bleiben die Ursachen jedoch unklar.» Die Statistik über Tumore des zentralen Nervensystems im Kanton Zürich beruht auf geringen Fallzahlen. Darum ist die Aussagekraft nicht so gross, wie dies bei anderen statistischen Untersuchungen der Fall ist. Zudem unterscheidet die Statistik nicht zwischen verschiedenen Hirntumorarten, was aber für eine Ursachenfindung zentral sein müsste. Bei den beiden Fällen handelte es sich um histologisch und biologisch unterschiedliche Arten.

Die Bevölkerung hat Anrecht und das Bedürfnis zu erfahren, ob Krankheiten verhindert werden können oder was diese auslösen. Umso wichtiger ist die Seriosität der Wissenschaft, die sich auf Forschung und Fakten abstützt und in die sich die Politik nicht einmischen sollte.

Das Trinkwasser ist in der ganzen Schweiz einwandfrei. Zürich kann sogar als einzige, international bekannte Grossstadt Wasser aus dem Zürichsee ohne Beimischung von Chlor als Trinkwasser verwenden. Bedenkenlos kann in jeder Gemeinde das Wasser aus dem Hahnen getrunken werden. Die Schlagzeilen von der Pestizidhölle sind reine Hysterie. Die Fakten sind klar. In der Schweiz gilt beim Grundwasser, das als Trinkwasser genutzt wird, für Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe und deren Metaboliten ein Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser. Oder anders ausgedrückt: ein Millimeter auf einer Strecke von 10'000 Kilometern. Dieser Wert ist nicht einmal mit toxikologischen Studien ermittelt; er sagt deshalb auch nichts über das Gesundheitsrisiko aus. Es ist ein angenommener Grenzwert aus der Zeit, als man niedrige Konzentrationen noch gar nicht messen konnte. Man nahm deshalb die 0,1 Mikrogramm pro Liter als unbelastet an. Auch hier ist einmal mehr die Schweiz Vorreiterin, denn viele Labors im Ausland können noch gar nicht so genau messen; das gilt auch für Chlorothalonil und dessen Metaboliten. Plötzlich wurden hohe Werte gemessen. Dass diese immer

noch viermal niedriger waren als der bis anhin und im Ausland immer noch gültige Messwert, wurde bewusst oder unbewusst verschwiegen. Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit nennt einen Grenzwert von lebenslang täglich 0,015 Milligramm pro Kilo Körpergewicht als unbedenklich. Das wären für mich zirka 100 Badewannen voll Wasser, und das notabene jeden Tag. Das sind nicht ausgedachte Zahlen und Meinungen, sondern Fakten der Wissenschaft. Die Politik von links bis rechts hat die Aufgabe, Fakten zu vertreten und nicht mit Emotionen Angst zu machen. Danke.

Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim): Die FDP begrüsst die wissenschaftlichen Abklärungen, wie schon erläutert wurde. Gleichzeitig haben wir jedoch kein Verständnis dafür, dass durch die Medienberichte ohne gesicherte Datenbasis Vermutungen in den Raum gestellt worden sind, dass die Landwirtschaft hier verantwortlich sei. Die von diversen Medien publizierten Berichterstattungen über ein möglicherweise erhöhtes Hirntumorrisiko bei Kindern macht sicher betroffen; das ist selbstverständlich. Auch die FDP schliesst sich dem Wunsch nach Aufklärung der Ursachen vorbehaltlos an.

Gleichzeitig distanzieren wir uns aber von den Pauschalvorwürfen an die Landwirtschaft und an die Betriebe, die gemäss aktuellem Stand jeglicher wissenschaftlichen Datenbasis entbehren. Wir können uns gegenwärtig nicht des Eindrucks erwehren, dass zum jetzigen Zeitpunkt und Zeitgeist der Medienberichterstattung die Landwirtschaft an den Pranger gestellt wird. Die produzierende Landwirtschaft, der Agrarhandel, wo ich als Biobetrieb und Agrarhändler dazugehöre, sieht sich da im Moment wirklich komisch an den Pranger gestellt. Es ist natürlich das Bestreben jeder Baubauernfamilie, die Gesundheit von Menschen und Tieren nicht zu gefährden. Die nicht mit Fakten belegten Vermutungen, dass die Landwirtschaft, die in dieser Situation im Zusammenhang steht, stösst auf grosses Unverständnis. Ich glaube, dass hat man auch in den letzten Monaten hören können. Wir danken an dieser Stelle der Gesundheitsdirektion für den Auftrag, und vor allem auch für die Antwort, die wir zu dieser Interpellation bekommen haben. Ich denke, diese ist auch richtig. Die von Berner Forschern geäusserten Vermutungen, dass die eingesetzten und von der nationalen Zulassungsbehörde bewilligten Pflanzenschutzmittel unter anderem dafür verantwortlich seien könnten, gilt es auch im Namen der FDP zu klären. Ich denke, da hat unsere Direktion eine gute Arbeit gemacht. Ich danke an dieser Stelle für die gute, informative, professionelle Antwort der Gesundheitsdirektion.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern; vieles wurde schon gesagt. Ich möchte einfach zwei, drei Ergänzungen anbringen, auch zum Votum von Martin Farner.

Das vielfach erwähnte Chlorothalonil, das wurde 2020 aufgrund dieser Verdachtsfälle und Vermutungen verboten. Ich hoffe, ich bin da richtig informiert, dass das so immer noch gilt. Dazu muss man sagen: Wenn Sie die Landwirtschaft anprangern – und Sie wissen, ich bin da völlig auf der Linie, dass man die Probleme erkennen und lösen muss –, also diese Pestizide, die werden ja vom Bund

zugelassen oder eben nicht zugelassen und vom Markt genommen oder eben nicht vom Markt genommen. Die Bauern, die sind ja selber keine Wissenschaftler; die müssen sich darauf verlassen können, was auf dem Markt erhältlich ist oder eben nicht. Die Probleme sind durchaus erkannt. Es gibt auch diesen Absenkpfad der Pestizide, der auf die Landwirtschaft ziemlichen Einfluss haben wird. Auf diesem Weg müssen wir nüchtern und sachlich gehen. Ich möchte schon ein wenig Zurückhaltung einfordern, wenn da einfach aufgrund von Vermutungen und Verdächtigungen irgendwelche Schuldzuweisungen vorgenommen werden. Besten Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich bin ein bisschen erstaunt und muss noch replizieren auf Nathalie Aeschbacher, die wirklich ein Bauern-Bashing losgetreten hat. Erstaunt bin ich, dass das von Seiten der GLP kommt, weil nicht wissenschaftlich fundiert argumentiert wird. Bleiben wir doch einfach bei den Fakten und bei der Wissenschaft und gehen das Ganze ein bisschen weniger emotional an.

Auch wir danken für die Ausführungen der Gesundheitsdirektion. Ich möchte einfach noch etwas zu den Grenzwerten sagen. Wir alle wollen gutes Trinkwasser; wir sind alle darum besorgt, dass das auch so bleibt. Das ist eines unserer Werte, und dafür stehen wir alle ein. Wir sind alle sehr bemüht, alles dafür zu tun, dass das auch so bleibt. Wir können uns ständig verbessern, denn es kommen ständig neue wissenschaftliche Fakten hinzu. Die sind wir auch bereit umzusetzen. Das wurde alles bereits gesagt.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass synthetische Pestizide nicht per se einfach giftiger oder rückstandhaltiger sind als nicht synthetische Pestizide. Das möchte ich einfach nochmals gesagt haben. Da gibt es keinen Zusammenhang. Synthetische Pestizide sind nicht per se giftiger oder ungiftiger. Wir wollen alle Pflanzenschutzmittel, die keine Rückstände haben. Da sind wir uns, glaube ich, einig. Daran arbeiten wir. Wenn Sie von den Grenzwerten sprechen, möchte ich Ihnen noch einen Tipp geben: Bei den importierten Lebensmitteln sind die Grenzwerte um ein Vielfaches höher als bei der Produktion in der Schweiz. Wir wären dafür, dass dort die Grenzwerte angepasst würden, dass für importierte Lebensmittel die gleichen Grenzwerte gelten wie für Schweizer Lebensmittel. Das ist noch nicht der Fall. Wenn Sie den Bericht gelesen haben von der Lebensmittelkontrolle bei den Importen: Die meisten Überschreitungen finden sich bei den Importen und nicht bei der inländischen Produktion. Also, bitte hören Sie auf mit dem Bauern-Bashing bei diesem Thema. Wir geben uns Mühe, wir halten uns an die Fakten, wir wollen weiterkommen, zusammen mit der Wissenschaft und nicht gegen die Wissenschaft. Danke.

Mattias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich behandle dieses Thema im Zusammenhang mit den USA und der dortigen Landwirtschaft jeweils im Geografie-Unterricht. Da ist es interessant, die Gerichtsfälle anzuschauen, die rund um das Glyphosat entstanden sind. Ich darf hier sagen, es gibt bis heute keinen einzigen be-

wiesenen Kausalzusammenhang und auch keine Korrelation zwischen dem Einsatz von Chlorothalonil oder Glyphosat und den Krebsfällen. Das Einzige, was nicht bewiesen ist, ist die Nicht-Schädlichkeit. Also, wenn die Nicht-Schädlichkeit nicht bewiesen ist, dann setzt man einen Grenzwert fest, weil es ja schädlich sein könnte, allenfalls. Aber die Schädlichkeit selbst, diese ist auch nicht bewiesen weder durch Korrelationen noch durch Kausalzusammenhänge. Folglich, wenn Sie hier kommen und Krebsopfer darbringen, dann ist das etwas äusserst Zynisches. Sie nehmen Leute, die sterben an einer Krankheit, und verbinden das mit einem Chemieprodukt, verbinden das mit der Landwirtschaft und schädigen so den Wirtschaftsstandort Schweiz, der auf Landwirtschaft und auch auf Chemie beruht. Sie machen eine zynische, wirtschaftsschädigende Politik mit etwas, das nicht bewiesen ist. Dafür sollten Sie sich, liebe Grüne Partei, schämen, und zwar zutiefst. Man kann doch nicht Krebsopfer nehmen und sagen, es sei, wegen dem. Sie haben sogar die Handystrahlung hier vorgebracht. Das ist noch weniger bewiesen. Also das ist wirklich zynisch.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Mit möglichem Krebs zu argumentieren, ist – von mir aus gesehen – unlauter und gerade in dieser Thematik zeugt das von schlechtem Stil. Es ist polemisch, aber nicht sachlich. Einfach kurz ergänzend, das wurde hier nicht erwähnt: Und das erwarte ich natürlich gerade von einer Architektin von der GLP, dass sie nämlich weiss, Chlorothalonil wird auch im Mauerwerk angewendet, als Holzschutzmittel wurde es angewendet, bei den Fassadenfarben wurde es verwendet. Weil, wir wissen alle, diese Fassaden wurden relativ schnell grün und grau. Dort ist die grösste Anwendung. Von diesen Fakten wurde hier nichts erzählt. Und ich denke, das ist sehr wesentlich. Darum erwähne ich das hier und möchte einfach zu bedenken geben, dass dieses Thema ernst ist. Aber die Regierung hat in ihrer Antwort auch bewiesen, dass sie dieses Thema sachlich angeht. Danke vielmals.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Eine kleine Replik von meiner Seite: Sie wissen es, ich befasse mich schon seit vielen Jahren mit Pflanzenschutzmitteln und deren Wirkung. Also, die Angstmacherpartei ist ja normalerweise die SVP und nicht wir. Wir haben nur Fragen gestellt, wir haben nicht diskutiert. Es war keine Diskussion. Ich weiss jetzt nicht, weshalb Sie sich aufregen. Noch weniger finde ich es verständlich, weshalb Sie jetzt schon wieder kommen und sagen, es sei Bauern-Bashing. Es tut mir furchtbar leid, Pflanzenschutzmittel versprühen nicht KV-Angestellte, sondern es wird auf den Feldern benützt. Und wenn ich natürlich dann sehe, dass sogar unsere eigene Landwirtschaftsschule «Strickhof» einen 45-seitigen Katalog mit Pflanzenschutzmitteln zum Teil von äusserst belastendem Material einsetzt, immer mit der Ausrede, das nütze der Forschung, dann darf doch sicherlich mal noch die Frage gestellt werden, ob es allenfalls doch belastende Situationen gibt. Wir haben extrem gute Messinstrumente, die lügen nun mal nicht. Kommen Sie mir bitten nicht, dass jetzt plötzlich nur noch die Wissenschaft gilt, wenn Sie hier drin etwas sagen. Normalerweise ist es genau das Gegenteil, und die Wissenschaft ist dann plötzlich nicht mehr die, der Sie folgen

wollen. Also bleiben Sie doch bitte einfach bei der Realität und akzeptieren Sie, dass man eine Diskussion darüber führen muss, was belastet und was nicht belastet. Besten Dank.

Natalie Aeschbacher (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte gerne noch kurz mein Votum beenden. Ganz wichtig: Ich distanziere mich von irgendwelchem Bauern-Bashing. Wenn Sie mir zugehört haben, dann haben Sie wahrscheinlich gehört, dass ich lediglich kritisiere, was erlaubte Praxis ist und auf den Feldern heute ausgetragen wird, und die damit einhergehenden Risiken angesprochen. Also, ein Bauern-Bashing ist überhaupt nicht die Absicht gewesen.

Da es um die Gesundheit der gesamten Bevölkerung, spezifisch um die Gesundheit von Kindern, geht, muss eine klare Faktenlage geschaffen werden. Wieso hat der Kanton Zürich bislang keine vertiefte Untersuchung veranlasst, obwohl er seit Jahren vom erheblich erhöhten Krebsrisiko insbesondere im Weinland wusste? Neue Daten haben wir leider seither nicht erhalten. Um diesem Sachverhalt auf den Grund zu gehen, sind dringend weitere Abklärungen zu tätigen. Wir verlangen eine ehrliche und transparente Kommunikation von Seiten der Regierung. Die Bevölkerung muss über mögliche Risiken aufgeklärt werden, und wo keine Klarheit herrscht, muss mit Studien das Risiko widerlegt oder bestätigt werden. Die Suche nach Umweltrisikofaktoren für Hirntumore bei Kindern muss intensiviert werden, und die angelegte Folgestudie möglichst zeitnah aktuelle Daten berücksichtigen, um die Akutheit des Risikos aufzuzeigen. Denn die statistische Häufung von Kinderkrebserkrankungen ist unbestritten und wird in der Antwort nochmals bestätigt. Im Interesse der Bevölkerung muss möglichst rasch Klarheit herrschen, auch, ob wirksame Massnahmen zum Schutz des Trinkwassers umgesetzt werden können. Besten Dank.

Wilma Willi (Grüne, Stadel) spricht zum zweiten Mal: Nur noch kurz: Dass der Bund zuständig ist, auf nationaler Ebene entsprechende Vorgaben für die Reduktion und Vermeidung von Pflanzenschutzmitteln zu machen, ist uns allen natürlich klar. Der Aktionsplan «Pflanzenschutzmittel» des Bundes sowie die parlamentarische Initiative des Ständerats, die das Ziel des Aktionsplans einer Halbierung der Risiken durch Pflanzenschutzmittel bis 2027 verbindlich vorgeben wollten, sind ins Stocken geraten. Der Aktionsplan «Pflanzenschutzmittel» des Bundes mit dem Ziel – ich sage es noch einmal – einer Halbierung der Risiken durch Pflanzenschutzmittel bis 2027 geht nicht vorwärts. Nur 29 der 51 Massnahmen, die der Bundesrat sich selber vorgegeben hat, sind bis heute umgesetzt. Wenn auch nicht wirklich griffig, wären sie Schritte in die richtige Richtung.

Uns wurde vor dem Abstimmungswochenende vom 13. Juni 2021, als wir über die Trinkwasserinitiative und auch über die Pestizidvorlage abstimmten, versprochen, dass eine Verbesserung unterwegs sei. Und jetzt will ich nur noch abschliessend sagen: Im April dieses Jahres wurde bekannt, dass das Trifluoracetat (TFA) flächendeckend im Schweizer Trinkwasser vorkommt. Wir müssen uns wirklich ernsthaft überlegen, ob diese Substanz in die Umwelt gehört. Einen der höchsten

TFA-Werte fand das Labor in Neerach bei uns im Zürcher Unterland. Diese Gemeinde ist zwar vorbildlich unterwegs und hat in den letzten Jahren viel Geld ins Trinkwasser investiert. Was einfach zeigt, dass wir bei den Ursachen ansetzen sollen, und zwar dringend, sonst wird die Bereitstellung von sauberem Wasser wirklich unbezahlbar. Wir bitten den Regierungsrat, alles Mögliche dafür zu tun; unsere Nachkommen werden es ihm danken.

Nun komme ich nochmals zur Interpellation: Man stellt ja nur Fragen in der Interpellation. Und zu den Fakten und der Wissenschaft: Ich danke nochmals, dass die Gesundheitsdirektorin ein laufendes Monitoring vereinbart hat. Das hat sie sicher nicht faktenfrei beschlossen; auch sie ist wissenschaftlich unterwegs. Vielen Dank. Dann will ich Ihnen nur noch sagen, es stellt sich für mich wirklich langsam die Frage, ob wir Menschen das sechste grosse Artensterben, das momentan im Gang ist, überhaupt überleben werden.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte kurz replizieren. Natürlich sind wir auch der Meinung, dass die Antwort faktenbasiert ist. Dieses Monitoring unterstützen wir auch; da haben wir überhaupt nichts dagegen. Im Gegenteil. Da kommen wir weiter. Aber, an Wilma Willi gerichtet: Sie sind nicht ganz auf dem neusten Stand, was die Umsetzung des Aktionsplans «Pflanzenschutz» betrifft. Ist das eigentlich der Stand bei der Einreichung ihrer Interpellation? Weil, der aktuelle Stand ist eben der, dass die parlamentarische Initiative 19.475 überwiesen wurde; die Massnahmen werden auf den 1. Januar 2023 umgesetzt. Wenn Sie die Landwirtschaftszeitungen lesen, dann wüssten Sie, mit wie viel Unsicherheiten wir da konfrontiert sind. Wir bemühen uns, wir wollen das. Das hat auch bereits Konrad Langhart gesagt, dass wir daran sind. Ich glaube, wir alle haben dasselbe Interesse. Das hat aber eigentlich jetzt nichts direkt mit der Interpellation zu tun. Aber ich möchte doch noch replizieren, dass wir da alles daransetzen, damit wir diese Ziele erreichen. Aber das hat nichts, Edith Häusler, nichts mit der Anzahl der Pflanzenschutzmittel zu tun. Sondern wir wollen die Risiken herunterbringen. Hoffentlich kriegen wir neue Hilfsmittel, die weniger Risiken beinhalten. Dann haben wir alle etwas gewonnen. Letztendlich nützt es nochmals nichts, wenn wir das Problem ins Ausland verlagern, dort mehr Rückstände produzieren, und nochmals, wir haben noch viel andere Rückstände. Von denen sprechen wir im Moment gar nicht, weil sie nicht untersucht werden. Das sind nämlich unsere Rückstände, die die Gesellschaft produziert: Mikroplastik, Nanopartikel und Hormone, die erst in ganz wenigen Kläranlagen herausgefiltert werden. Da müssen wir auch genau hinschauen und nicht nur auf die Landwirtschaft. Herzlichen Dank.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Ich möchte die Bauern hier im Saal doch etwas zur Mässigung aufrufen. Ich war schon immer für Transparenz. Wir führen unseren Betrieb schon seit 40 Jahren ohne Pestizide und sind glücklich, dass wir keine Rückstände in unseren Lebensmitteln haben.

Dass Roundup toxisch ist, ist längst bewiesen. Also, die Aussagen des Sekundarlehrers (*gemeint ist Mathias Hauser*) stimmen da hinten und vorne nicht. Gilles-

Éric Séralini (*französischer Molekularbiologe*) hat das in seiner Studie längst dargelegt, und Syngenta hat im Prozess gegen Johnson (*Dewayne Johnson, US-amerikanischer Krebspatient*) verloren. Die mussten ihm 150 Millionen Franken bezahlen. Dieser Gerichtsfall war ja weitherum bekannt.

Was aber mit der Studie von Gilles-Éric Séralini geschah: Die Industrie ist dann Kopf gestanden und hat erwirkt, dass die Studie vom Fachjournal «Science» zurückgezogen werden musste, weil eben die Industrie tobte. Und das ist der Zustand unserer Wissenschaft. Also, Herr Hübscher, immer auf die Wissenschaft Bezug nehmen und dann doch nicht die Wissenschaft ernst nehmen, wenn es einem nicht passt, das geht natürlich auch nicht.

Aber die Grünen und die Sozis, die rufe ich schon auch noch auf, ebenfalls mal kritisch zu hinterfragen, was denn eigentlich mit den massiv erhöhten Krebserkrankungen bei Kindern und den Todesfällen aufgrund der Impfungen geschehen ist. Da müsst ihr auch Transparenz verlangen. Ja, nicht einfach dumm lachen. Da müsst ihr Transparenz verlangen und echte Studien anstellen, vor allem die Statistiken der Gesundheitsdirektion, welche das ja sowieso nicht seriös macht, endlich mal statistisch die Krankheitsfälle, die Todesfälle infolge der Impfung erheben. Die Gesundheitsdirektorin redet weiter. Aber ich finde, es müsste einen Auftrag geben, eine Ombudsstelle für Impfgeschädigte einzurichten. Besten Dank.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Ich komme gerne wieder auf das Thema zurück. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen informierte die Kantone im Juni 2019 über Hinweise, dass Abbauprodukte des Fungizids Chlorothalonil ins Trinkwasser gelangten. Das kantonale Labor, ein Amt der Gesundheitsdirektion, etablierte daraufhin umgehend eine Nachweismethode und führte Trinkwasseruntersuchungen durch. Im September 2020 wurden die Resultate veröffentlicht. Die betroffenen Wasserversorgungen sind angehalten, Massnahmen zur Verringerung der Rückstände einzuleiten.

Im Januar 2019 hatte das bei der Universität Bern angesiedelte Kinderkrebsregister die Gesundheitsdirektion über eine gewisse Auffälligkeit bei Krebserkrankungen bei Kindern im Zürcher Weinland in den Jahren 2005 bis 2015 informiert. Im Bezirk Andelfingen sind im Zeitraum von elf Jahren sieben Fälle aufgetreten. Angesichts dieser kleinen Fallzahlen konnte aus der Studie nicht der Schluss gezogen werden, dass im Weinland tatsächlich ein erhöhtes Risiko besteht, an Krebs zu erkranken. Zudem enthielt die Studie auch keine Hinweise auf mögliche Auslöser der Krebsfälle.

Die Gesundheitsdirektion nahm die Erkenntnisse der Studie aber ernst und hat mit dem Kinderkrebsregister im 2020 ein Monitoring vereinbart. Im Rahmen dieses Monitorings liefert das Kinderkrebsregister dem kantonsärztlichen Dienst jährlich die Zahlen zu den Neuerkrankungen und dem räumlichen Auftreten. So kann die Entwicklung der Fallzahlen von Kinderkrebs im Kanton Zürich in Zukunft verfolgt werden. Die daraus gewonnenen Daten können dann auch wissenschaftlich ausgewertet werden.

Die ersten Erkenntnisse zeigen nach wie vor eine gewisse Auffälligkeit im Norden des Kantons Zürich. Die Fallzahlen sind aber weiterhin klein. Es handelt sich

um drei Fälle in den letzten fünf Jahren, sodass es sich auch um eine zufällige Häufung handeln kann. Wir haben die Gemeinden des Bezirks Andelfingen Anfang dieses Jahres über den aktuellen Stand informiert. Die Suche nach den Ursachen ist äusserst schwierig. In der medizinischen Forschung ist noch weitgehend unbekannt, was zur Entwicklung von Hirntumoren bei Kindern führen kann. Auch das Kinderkrebsregister tappt bezüglich dieser Krebsfälle im Dunkeln. Das kantonale Labor hat nach Bekanntwerden der Feststellungen des Kinderkrebsregisters die Belastung des Trinkwassers in den entsprechenden Gemeinden auf Rückstände von Pestiziden und deren Abbauprodukte hin untersucht und mit jenen in anderen Gemeinden im Kanton Zürich verglichen. Dabei wurden keine Unterschiede festgestellt, welche die erhöhte Tumorinzidenz im Weinland erklären könnten. Auch bei den zwei aus den Medien bekannten Fällen kann nach wie vor kein ursächlicher Zusammenhang festgestellt werden. Zwar starben beide Knaben an einem Tumor, es handelt es sich aber um zwei Tumore mit unterschiedlicher Entstehung. Mir und auch Ihnen gehen all diese Schicksale natürlich nah. Leider erhalten die Eltern meistens keine gute Antwort, warum ein Kind gestorben ist, denn eigentlich ist jedes Kind, das stirbt eines zu viel.

Da das Kinderkrebsregister im Jahr 2019 neben dem Zürcher Weinland auch für das Berner Seeland eine gewisse Auffälligkeit beim Auftreten von Hirntumoren festgestellt hat, haben wir uns im letzten September, also vor einem Jahr, gemeinsam mit dem Berner Gesundheitsamt an das BAG gewendet. Der Bund ist als Leistungsauftraggeber des Krebsregisters grundsätzlich zuständig für die Aufarbeitung von Fragen, die sich aus der Krebsregistrierung ergeben. Auf Initiative der Kantone Zürich und Bern hin hat das BAG nun ein Expertengremium eingesetzt. Dieses soll, gestützt auf den aktuellen Stand des Wissens und der Forschung, Vorschläge für weitere Schritte zur Klärung der Befunde an der Universität Bern ausarbeiten. Das Kickoff-Treffen fand anfangs Juli 2022 statt; bis im ersten Quartal 2023 sollen erste Ergebnisse vorliegen. Der kantonsärztliche Dienst verfolgt die Entwicklung der Fallzahlen aufmerksam und steht daneben in regelmässigem Austausch mit dem Kinderkrebsregister, den involvierten Ämtern und dem Bund. Sobald sich neue Kenntnisse geben, werden wir gerne informieren. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben. Das Geschäft ist damit erledigt.